Stadtzeitung der
Deutschen Kommunistischen Partei
Mörfelden

Nr. 17 - Juni 1972

blick punkt

Nach der Ratifizierung

Es ist der ausschließliche Verdienst der demokratischen Kräfte, insbesondere der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben und Büros, daß den Gegnern der Verträge eine Abfuhr erteilt wurde. Indem sie sich durch Warnstreiks, Kundgebungen, Demonstrationen durch Millionen von Unterschriften unüberhörbar für die Ratifizierung der Verträge zu Wort meldeten, wurde die politische Kraft sichtbar, nämlich die arbeitende Bevölkerung, an der auch die schlimmsten Feinde der Verträge nicht achtlos vorbeigehen konnten.

Durch ihr demokratisches Handeln wurde bewiesen, die da oben können nicht machen, was sie wollen. Es wurde bewiesen, eine sinnvolle Verbindung von außerparlamentarischer und Parlamentarischer Aktion nutzt der Demokratie und stärkt sie. Es wurde bewiesen, der Kampf um eine Politik des Friedens ist nur erfolgreich, wenn die demokratischen Kräfte, wenn Sozialdemokraten und Kommunisten, Parteilose und Christen, Arbeiter und Studenten gemeinsam handeln.

Diese Erkenntnis festzuhalten, sollte eine wichtige Schlußfolgerung für das künftige Handeln dieser Kräfte sein, denn es gilt ebenso festzuhalten, daß die Auseinandersetzungen über die Verträge auch nach ihrer Ratifizierung nicht zu Ende gegangen sind.

Nach der Ratifizierung der Verträge ist es möglich geworden, die riesigen Ausgaben für die Rüstung Zug um Zug abzubauen, denn die Vertragspartner bekennen sich in den Verträgen zu einer Politik des Friedens. Sie bekennen sich zur Unantastbarkeit der Grenzen. Daß diese Milliarden aus dem Rüstungsetat auch tatsächlich herausgenommen werden, ist eine der Möglichkeiten, die wir als Verwirklichung der Verträge bezeichnen. Das würde bedeuten, die fehlenden Lehrer an unseren Schulen können beschäftigt und bezahlt werden. Die fehlenden Krankenhausbetten werden bereitgestellt, einschließlich der dafür notwendigen Ärzte und Pflegekräfte. Die fehlenden Kindergärten und Kinderspielplätze können jetzt geschaffen werden und nicht erst im Jahre 2000.

Das würde ferner bedeuten, die längst überfälligen Reformen im Verkehrswesen, im Gesundheitswesen, im Schulwesen, die Maßnahmen für einen wirksamen Umweltschutz, sind erfüllbar, ohne daß die Verkehrstarife, die Postgebühren, die Rentenversicherung, die Mehrwertsteuer, die Benzinsteuer erhöht werden müssen. Sogar Steuersenkungen wären denkbar. Immer vorausgesetzt: daß diese Verträge auch wirklich mit Leben erfüllt werden, daß die möglichen Konsequenzen in der Politik daraus gezogen werden.

Zur Verwirklichung der Verträge gehört nach unserer Auffassung auch, all die Möglichkeiten zu nutzen, die sich ergeben, für den Ausbau der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen. Auch hierbei wäre die arbeitende Bevölkerung unmittelbarer Nutznießer, denn Ausbau des Handels mit einem krisenfesten sozialistischen Markt bedeutet, die Arbeitsplätze sicherer machen und damit Kurzarbeit, Lohnabbau und Lohnverluste abzubauen.

Um aus diesen Hoffnungen und Möglichkeiten eine reale Wirklichkeit zu machen, bleibt jedoch auch nach der Ratifizierung der Verträge das aktive und gemeinsame Handeln aller demokratischen Kräfte das Gebot der Stunde.

R. Dötsch

„Und wenn die russischen Panzer nun gar nicht in Bonn erscheinen, wie Sie es, Kollege Barzel, neulich prophezeit haben?"
„Dann war das eben ein großartiger Abwehrerfolg unserer nationalen Sammelbewegung!"

Terrorakte nutzen Strauß und Springer

Es hat nichts mit dem Kampf der demokratischen und sozialistischen Kräfte unseres Landes zu tun, wenn abenteuerliche Elemente terroristische Akte verüben und dies mit angeblich politischen Motiven begründet wird.

Es ist eine bedauerliche Tatsache, daß heute bei Opel in Rüsselsheim, in den Fabriken und Büros, in den Wohnungen, an den Schulen kaum noch über Nixons Kriegsverbrechen, sondern über die Terrorakte der Bombenleger gesprochen wird.

Durch die sinnlosen Aktionen anarchistischer Gruppen in den vergangenen Wochen wurde erreicht, daß für einen großen Teil der Bevölkerung der Vietnamkrieg nicht mehr stattfindet. Im Mittelpunkt steht, provoziert durch dieses sinnlose terroristische Treiben, der Ruf nach der „Ordnungsmacht", die diesem Spuk eine Ende machen soll. Mittlerweile ist es so, daß niemand mehr weiß wer die Bomben legt und die Drohbriefe verschickt. Sind es sektiererische Abenteurer aus bürgerlichem Hause oder rechte Provokateure?

Die Geschichte kennt viele Fälle, wo Reaktionäre im Kampf gegen die fortschrittlichen Kräfte zum Terror und zur Provokation griffen. So war es beim Mord an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, so war es beim Reichstagsbrand.

Die Ziele und Methoden sektiererischer Abenteurer und Provokateure haben nicht das geringste mit der Arbeiterbewegung gemein und werden von uns entschieden verurteilt. Sie schaden dem Kampf für die Interessen des Volkes und dienen ausschließlich den ultrareaktionären Kräften um die CDU/CSU!

Wir fordern: Solidarität mit den Völkern Indochinas durch Aktionen, die eine Solidarisierung der Bevölkerung ermöglichen. Wir treten ein für den gemeinsamen Kampf der demokratischen und sozialistischen Kräfte gegen Nixons Kriegspolitik. Wir fordern erneut: Einstellung der unmenschlichen Bombardierung Indochinas. Schluß mit dem Völkermord des US-Imperialismus in Indochina.

Rudi Hechler

Konsequenteste Befürworter der Verträge sind die Kommunisten

Sozialdemokratische Genossen meinen, jetzt komme es darauf an, bei möglichen Neuwahlen Befürworter der Verträge in den Bundestag zu bringen. Gemeint ist: Wahlhilfe für die SPD und Verzicht auf eine eigene Kandidatur der DKP.

Befürworter der Verträge in den Bundestag, das ist richtig. Die konsequentesten Befürworter für die Verträge, das sind die Kommunisten. Sie haben jahrelang für die Normalisierung der Beziehungen zu den sozialistischen Staaten gekämpft. Die Kommunisten gingen als erste für die Verträge auf die Straße. Sie mobilisierten die Bevölkerung für die Ratifizierung. Die Kommunisten erklärten: Alles hängt von der Aktivität des Volkes ab. Die Kommunisten warnten vor der Gemeinsamkeit mit der CDU/CSU. Doch das Verhalten rechter SPD-Führer gab zur gleichen Zeit der CDU/CSU Spielraum für ihr revanchistisches, entspannungsfeindliches Treiben. Brandt und Scheel suchten Gemeinsamkeit mit Strauß und Barzel, mit den erklärten Gegnern des Friedens und des gesellschaftlichen Fortschritts und nicht mit den Millionen Demokraten, die für die Verträge auf die Straße gingen.

Wer Vertragsbefürworter im Bundestag sehen will, Kämpfer für die Verwirklichung der Verträge ohne Wenn und Aber, Kämpfer für neue Initiativen und weitere Fortschritte auf dem Weg der Entspannung, der muß die richtige Schlußfolgerung ziehen und die Kandidatur der DKP bei Neuwahlen unterstützen. Wer sich unbestechliche Abgeordnete im Bundestag wünscht, muß Kommunisten in den Bundestag wählen.

Es ist mit Unkosten verbunden, eine solche Zeitung herauszubringen. Sie können über den Herausgeber, die Verteiler oder jedes Ihnen bekannte Mitglied der DKP einen finanziellen Beitrag dazu leisten.

Ein Programm für Mörfelden

Die DKP Mörfelden diskutiert seit Wochen intensiv kommunalpolitische Themen. Als Ergebnis liegt jetzt ein Programm-Entwurf für die Kommunalwahl vor, der zehn Punkte umfaßt. Auf einer öffentlichen Mitgliederversammlung, am 21. Juni 1972, wird er verabschiedet werden. Im „blickpunkt" wollen wir die einzelnen Forderungen den Einwohnern Mörfeldens zur Diskussion stellen. Wir beginnen heute mit dem Abdruck unserer Vorstellungen über den Umweltschutz.

Für eine lebenswerte Umwelt

Unsere Umwelt wird zerstört. Die Luft wird verpestet, das Wasser vergiftet. Unserer Landschaft droht Vernichtung.

Schuld an der Zerstörung unserer Umwelt, sind in erster Linie die großen Konzerne. Wer uns einreden will, wir alle seien schuld, versucht nur von dieser Tatsache abzulenken. Es ist nicht die Hausfrau, sondern die Verpackungsindustrie, die den Müllberg verursacht. Es ist nicht der Autofahrer, sondern die Profitmacherei der Auto- und Ölkonzerne, die uns die Luft auf den Straßen verpestet. Es ist nicht der Chemiearbeiter, sondern die Konzernleitung, die eine Abwasserreinigung sabotiert.

Diese Probleme sind auf der kommunalen Ebene allein nicht zu lösen. Aber auch von den kommunalen Parlamenten müssen Initiativen ausgehen, damit das Verderben gestoppt wird.

Wir halten folgende Maßnahmen für erforderlich und werden im Stadtparlament dafür eintreten.

Walderhaltung

Der Luftaustausch durch weite Waldflächen ist lebensnotwendig. Deshalb muß ein sofortiger Stopp für jeden Waldeinschlag im Ballungsgebiet erfolgen. Waldstreifen, die dem Straßenbau, z. B. Verbreiterung der Autobahn, zum Opfer fallen, müssen in unserem bedrohten Gebiet sofort ersetzt werden. Notwendig ist ein Programm zur Aufforstung von Brachland und Wiesen. Wobei Mischwäldern der Vorzug zu geben ist.

Kiesgruben

Bereits ausgebeutete Kiesgruben müssen aufgefüllt und aufgeforstet werden oder als Badeseen der Allgemeinheit zugänglich sein. Es muß verboten werden, daß Privatpersonen Baggerseen pachten können. Im Ballungsgebiet dürfen keine Genehmigungen mehr zum Anlegen von Kiesgruben in Waldgebieten erteilt werden. Die Rekultivierung ausgebeuteter Gruben, hat der Unternehmer auszuführen. Die private Verpachtung und Vermietung von Uferparzellen für Wochenendhäuser muß unterbunden werden.

Militärische Anlagen

Im Gegensatz zu den anderen Parteien, ist die DKP der Meinung, daß zu einem wirksamen Umweltschutz, nicht nur das giftfreie Trinkwasser, eine saubere Luft und ein erträglicher Geräuschpegel gehören, sondern vor allem auch Schutz des Lebens und der Umwelt vor Vernichtungswissenschaft und Kriegstechnik. Deshalb fordern wir erneut, daß das bestehende US-Munitions-Depot im Oberwald geräumt wird.

Flughafen

Wir lehnen eine Erweiterung des Flughafens durch den Bau einer neuen Startbahn ab. Eine Ausdehnung würde weitere Erholungslandschaft zerstören, die Bevölkerung würde zusätzlich durch Lärm und Abgase geschädigt.

Die Amerikaner haben mehr als 1/3 des Flughafens für militärische Zwecke in Beschlag gelegt, die zivil genutzt werden könnten. Wir fordern den Abzug der Amerikaner vom Flughafen Rhein-Main.

Siedlungsabfälle

Wir fordern verstärkte Finanzhilfen zum Ausbau der Kläranlagen. Mülldeponien sind auf die Dauer keine Lösung. Deshalb sind für den Kreis Groß-Gerau Müllkompostierungsanlagen zu planen und nach und nach zu errichten.

Ebenso ist im Kreis Groß-Gerau eine zentrale Einrichtung, zur Beseitigung von Autowracks zu erstellen, da die Autofriedhöfe unzumutbar angewachsen sind. Weg mit den Autofriedhöfen, die die Landschaft verschandeln, und das Grundwasser mit auslaufendem Öl verseuchen können.

Industrieansiedlung

Wir sind nicht gegen Industrieansiedlungen im bereits ausgewiesenen Industriegebiet von Mörfelden. Es darf jedoch nur Industrie angesiedelt werden, die gewährleistet, daß Luft und Wasser nicht noch mehr verschmutzt werden. Für Industrieneubauten und öffentliche Gebäude, sollten nur noch „umweltfreundliche Gas- oder Elektroheizungen zugelassen werden. Wir fordern neue Auflagen für die Industrie und strengste Bestrafung bei Verletzung der Vorschriften.

Wir stellen fest:

Die seitherigen Maßnahmen der Industrieansiedlung in Mörfelden haben zwar neue Arbeitsplätze geschaffen, sie haben aber auch durch die Verschleuderung von Mörfelder Grund und Boden, zu einer enormen Bereicherung der dort angesiedelten Unternehmen geführt. Deshalb halten wir die Heranziehung dieser Unternehmen zur Finanzierung sozialer Aufgaben und Umweltschutzmaßnahmen für dringend notwendig.

Umwelt-Kontrolle

Die Bürger haben das Recht, über Planungen ihrer Umwelt allseitig orientiert zu werden, und sie in Wahrung ihrer eigenen Interessen mitzuentscheiden. Deshalb ist ein Kontrollorgan zu schaffen.

Wir fordern eine Kommission, der Vertreter aller Bevölkerungsschichten angehören. Diese Kommission muß das Recht erhalten, unangemeldet Kontrollbesuche in Industriebetrieben zu machen. Sie muß weitere Initiativen für den Umweltschutz in Mörfelden erarbeiten.

ANTON
ZIEGLER

Bau- und
Möbelschreinerei

MÖBELHANDLUNG

MÖRFELDEN

Bahnhofstraße 21 - Tel. 06105 - 2586

Fleisch und Wurst vom Fleischer frisch
aus erster Hand auf Ihren Tisch

FLEISCHER FACHGESCHÄFT

Dickhaut & Conradt

Bahnhofstraße 4 · Telefon 2270

Gut beraten, speziell bedient

Versicherungen aller Art

Sie werden gut beraten bei

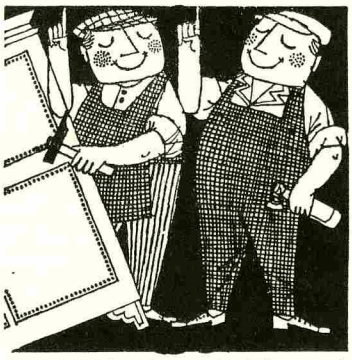
Heinrich Schulmeyer
Mörfelden - Frankfurter Straße 87
Generalagentur

Sie können einen
finanziellen Beitrag
dazu leisten.
Die Nummer unseres
Girokontos ist
9003419
bei der Kreissparkasse
Groß-Gerau.

Glänzend geschützt mit HERBOL

Lacke — Dispersionsfarben
für innen und außen

Neuzeitliche Tapeten
PVC-Fußbodenbeläge
Auto-Spray-Lacke



.. der Lack hält's aus!

herbol

Schlagfest,
der Lack für alles,
ist schlag-, stoß-, kratz-
und wetterfest.

Fachliche Beratung

Farbenhaus Kunz

MÖRFELDEN
Ringstraße 18 - Telefon 2409

)N DISKUSSION FUSION DISKUSSION FUSION DISKUSSION FUSION DISKUSSION
)ISKUSSION FUSION DISKUSSION FUSION DISKUSSION FUSION DISKUSSION FU:
KUSSION FUSION DISKUSSION FUSION DISKUSSION FUSION DISKUSSION FUSIO
S K U IINON FUSION DISKUSSION FUSION DISKUSSION FUSION DISKUSSION FUS
)N FUSION DISKUSSION FUSION ION DISK
FUSION DISKUSSION FUSION DI N DISKUS
JSION DISKUSSION FUSION DISK DISKUSSI
)N DISKUSSION FUSION DISKUSSION FUSION DISKUSSION FUSION DISKUSSION
)ISKUSSION FUSION DISKUSSION FUSION DISKUSSION FUSION DISKUSSION FU
KUSSION FUSION DISKUSSION FUSION DISKUSSION FUSION DISKUSSION FUSIO

MEINUNGEN

Nägel mit Köpfen machen

Zwei erlei Deutung des Begriffes „Fusion" ist möglich. Zum einen bedeutet er die Zusammenlegung von Wirtschaftsbetrieben (sicher doch zum Zwecke industrieller Machtanhäufung!?), zum anderen Verschmelzung in biologischem Sinne (also etwas Natürliches, Wachsendes).

Es fragt sich, welche der Definitionen angebracht ist, wenn man von der Fusion zweier Städte spricht. Dem gesunden Menschenverstand nach sollte man annehmen, daß die zweite Definition zutreffend ist, denn immerhin sind auch die Städte Walldorf und Mörfelden über Jahrhunderte hinweg „gewachsen", so merkwürdig das klingen mag.

Wildes Wachstum ist auch nicht gerade wünschenswert. Es ist daher gut und notwendig, wenn sich politische Institutionen rechtzeitig darum bemühen, das Zusammenwachsen zweier Städte in die richtigen (nicht gleichzusetzen mit den gewünschten) Bahnen zu lenken. Dies ist auch geschehen, anfangs mit Macht und Posaunen, zur Zeit eher Chor im piano mit obligater Flöte.

Immerhin, ein sichtbares Symbol für geplantes Zusammenwachsen ist bereits vorhanden: eine große, schon viel zu kleine Schule ragt aus der – übrigens auf eine besondere Art schönen, weil natürlichen – „Prärie" zwischen Walldorf und Mörfelden heraus.

Nägel mit Köpfen sollen gemacht werden, wie sich ein prominenter Kommunalpolitiker in einem Gespräch ausgedrückt hat. Das bisherige Ergebnis – außer der Schule – ist ein Städtebauwettbewerb. Ich muß gestehen, daß mir das Modell und die Pläne des Siegers einen rechten Schrecken eingejagt haben. Das muß niemanden beunruhigen, denn ich bin Laie auf diesem Gebiet. Ich habe mir nur überlegt, wie das sein wird, wenn 50 000 Neubürger Walldorf/Mörfeldens (man munkelt über diese Zahl) in mehr oder weniger phantasielosen, quadratischen Säulen wohnen sollten, die zum angenehmen Wohnen nichts weiter beitragen als beleidigt-schweigend in den Himmel zu ragen. In einigen wenigen (vielleicht sieben?) fetten Jahren soll eine Stadt gebaut werden, die in jeder Beziehung das Vorhandene übertreffen wird. Es muß sich zeigen, ob diese Stadt Walldorf/Mörfelden in ihrer Mitte von einer gewaltigen Prothese zusammengehalten wird. Es muß sich zeigen, ob die durch Straßen, Autobahnen, Flugplatz etc. bereits stark eingeschnürte Einwohnerschaft genügend Raum zum Atmen finden wird.

Gerhard Siegel, Lehrer, Mörfelden

*

Abstimmung

Vor einigen Jahren wurde eine mögliche Fusion zwischen Mörfelden und Walldorf ins Auge gefaßt. Aber bis heute ist auf diesem Gebiet wenig geschehen. Vielleicht ist man bei beiden Magistraten doch schon etwas weiter, und die Bevölkerung wurde bis jetzt nur schlecht informiert. In der Bevölkerung selbst gibt es Gegner und Befürworter einer Fusion.

Zeitweilig hieß es, Mörfelden wolle mit Worfelden fusionieren um die Einwohnerzahl von Walldorf zu übertreffen. In der Mörfelder Bevölkerung wirft man den Walldorfern vor, sie hätten Ausdehnungsschwierigkeiten, und versuchten durch eine Fusion Baugelände zu erhalten.

Durch die Errichtung gemeinsamer Projekte, und vieler geplanter Bauten hat man doch schon ein Stück Gemeinsamkeit gezeigt. Wenn man an die ärztliche Versorgung besonders in Mörfelden denkt, sollte man meinen, daß durch die gemeinsame Errichtung eines Ärztehauses eine bessere Versorgung der Bevölkerung möglich sein müßte.

Man sollte doch von Seiten des Magistrates endlich einmal darauf hinweisen, wie weit man bis jetzt gekommen ist. Eine Befragungsaktion in der Bevölkerung würde bestimmt nicht schaden. Oder man sollte eine Abstimmung in Walldorf und Mörfelden durchführen, wobei man die älteren Schulklassen nicht ausschließen sollte.

Man sollte in nächster Zeit möglichst zu einem Entschluß, bevor man von Frankfurt eingemeindet wird.

Johann Ernst,
Wilhelm-Leuschner-Straße

Ein in Mörfelden wohnender Grafiker sandte uns einige „nachdenkliche Schriftspielereien". Einige davon werden wir veröffentlichen.

BRD: unsoziales kinderfeindliches Land

„Uns geht es um den Schutz des menschlichen Lebens" will die CDU in letzter Zeit glaubenmachen. Ein Anliegen, das die Zustimmung aller verantwortungsbewußten Menschen findet. Nur der CDU kann man solches Wollen nicht abnehmen. Um was es ihr hier konkret geht: die Verhinderung einer Reformierung des 100 Jahre alten Paragraphen 218. — Die Blockierung einer fortschrittlichen Entwicklung im Interesse der arbeitenden Menschen, wie auch auf allen anderen politischen, sozialen und gesellschaftlichen Gebieten.

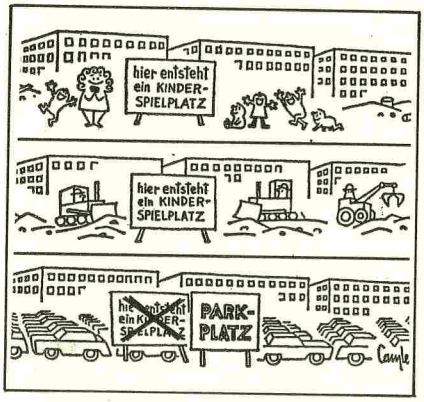
Die CDU spricht vom Schutz des menschlichen Lebens, insbesondere des werdenden Lebens — Tausende werdende Mütter aber müssen im Akkord und am Fließband arbeiten. An konkreten Forderungen zum Schutz für Mutter und Kind — die im DGB-Programm für Arbeitnehmerinnen formuliert und im Jahr der arbeitenden Frau 1972 erneut gestellt sind — drückt sie sich vorbei:

- Ausreichende Vorsorgeuntersuchungen;
- Herabsetzung der Arbeitszeit für werdende und stillende Mütter.
- Verlängerung der Schutzfrist vor und nach der Entbindung auf je zehn Wochen.

Die bedrückenden Tatsachen in unserem Land entlarven das CDU-Gerede als Heuchelei. Die herrschenden Notstände gehen vor allem auf ihr Konto, sind Auswirkungen eines Systems, das den Profit und nicht den Menschen in den Mittelpunkt stellt.

Die Mütter- und Säuglingssterblichkeit ist nach wie vor in der BRD überdurchschnittlich hoch (17. Stelle laut Analyse der Weltgesundheitsorganisation).

Die Geburtshilfe zählt nach DGB-Untersuchungen — soweit sie das Kind betrifft — zum Rückständigsten in der Medizin. 30 000 Kinderspielplätze fehlen nach statistischen Angaben. Ein halber Quadratmeter



Spielfläche steht einem Kind zur Verfügung. Eine Million Kinder haben in der BRD kein eigenes Bett. In unseren Schulen fehlen derzeit 178 000 Lehrer.

Das ist die Wirklichkeit: Die BRD ist ein unsoziales, kinderfeindliches Land!

Frauen verdienen bis zu 500,- DM weniger als Männer

Bei Siemens arbeiten von 100 Frauen eine als Facharbeiterin in Lohngruppe V — jede zehnte bringt 600,— bis 800,— DM nach Hause — alle übrigen 92 Prozent verdienen darunter. Das ist typisch für die ganze Bundesrepublik.

Fast 20 Prozent der 9,6 Millionen erwerbstätigen Frauen in der BRD verdienen weniger als 300,— DM monatlich. Ihre Einkünfte liegen meist zwischen 300,— und 600,— DM. Im Schnitt verdienen Frauen bis zu 500,— DM weniger als Männer. Während 16,4 Prozent der Männer mehr als 1200,— DM verdienen, sind es bei den Frauen nur 3,8 Prozent. Die Hälfte aller arbeitenden Frauen hat weder Berufsausbildung, noch Anlernzeit. Wirkliche Gleichberechtigung gibt es nicht. Gering sind die Aufstiegschancen. Hinzu kommt die Doppelbelastung durch Beruf und Familie — von den 9,6 Millionen arbeitenden Frauen sind 59,5 Prozent verheiratet. Mangelnde Fürsorge staatlicher Organe verschärfen die Situation. Und noch etwas: In den Betrieben selbst gehören nur 11,1 Prozent Frauen einem Betriebsrat an.

Die Öffentlichkeit auf die Situation der berufstätigen Frauen aufmerksam zu machen, für die Verbesserung der Lage der Frauen im beruflichen, gesellschaftlichen und politischen Wirken einzutreten und sich gegen die Benachteiligung zu wenden, ist die Aufgabe im „Jahr der weiblichen Arbeitnehmer", das der DGB proklamiert hat.

Im DGB-Aufruf zum 1. Mai 72 appelliertdie Gewerkschaft an die Kollegen: „Solidarisiert Euch mit Euren Kolleginnen! Damit endlich die Forderungen nach wirklicher Gleichberechtigung der Frau erfüllt werden!"

Wir Kommunisten unterstützen diese gewerkschaftliche Forderung. Es kommt nach unserer Auffassung darauf an, die gesamte Arbeiterklasse für den Kampf um eine bessere Lage der arbeitenden Frauen zu mobilisieren. Denn die Diskriminierung der Frauen trifft auch die Männer, trifft die Familien.

Nur wenn Frauen und Männer gemeinsam für grundlegende Veränderungen der Gesellschaft kämpfen, haben die Frauen eine Chance. Dauerhafte und längst überfällige Verbesserungen der gesellschaftlichen Stellung der Frauen erfordern demokratische und antimonopolistische Veränderungen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Dafür kämpft die DKP.

In der BRD: Jede vierte Vollrente liegt unter 200,- Mark

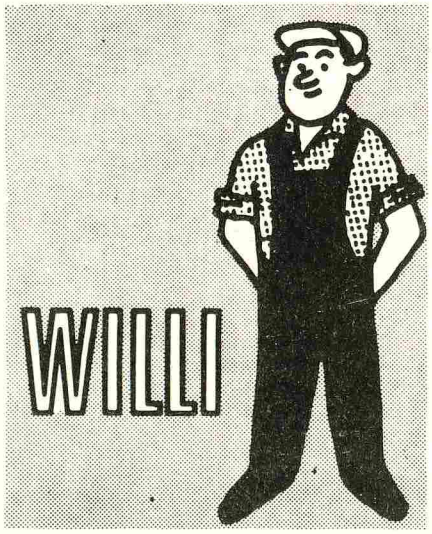
Der von der Bundesregierung vorgelegte Rentenanpassungsbericht 1972 weist aus: Die gesetzliche Rentenversicherung wird nur unzureichend ihrer Aufgabe gerecht, die soziale Sicherheit der Arbeiter und Angestellten und ihrer Angehörigen im Alter, bei Invalidität oder nach dem Tod des Versicherten für die Hinterbliebenen zu gewährleisten. Mindestens in jedem zweiten „Rentenfall" reichen die Bezüge für den immer teurer werdenden Lebensunterhalt einfach nicht aus.

Von den knapp 5,6 Millionen Erwerbsunfähigkeits- und Altersrenten der Arbeiter und Angestellten, erreichen fast 3,6 Millionen oder 64,5 Prozent nicht den Betrag von 500,— Mark im Monat.

Etwa 1,4 Millionen — das sind rund ein Viertel dieser Vollrenten — liegen unter 200,— Mark.

Rund 2 Millionen von gut 3,1 Millionen Witwenrenten betragen weniger als 360,— Mark, wovon wiederum 586 100 nicht einmal 180,— Mark erreichen.

Nur 15,7 Prozent der Vollrenten für Arbeiter und Angestellte betragen 750,— Mark und mehr. Und von den Witwenrenten liegen nur 9 Prozent über 540,— Mark.



Zebrastreifen

Während der heißen Tage kann man ein Schauspiel mit ernstem Hintergrund erleben, wenn groß und klein zum Waldschwimmbad ziehen. Die Leute, vor allem Kinder überqueren dann zu Fuß oder mit dem Fahrrad die stark befahrene Rüsselsheimer Straße in Höhe der Tankstelle Schulmeyer. Wegen der oft überhöhten Geschwindigkeit der Pkw und der Unübersichtlichkeit dieser Straßenecke ist es eigentlich ein Wunder, daß hier Fußgänger oder Radfahrer noch nicht zu ernstlichem Schaden gekommen sind. Bevor das Kind allerdings in den Brunnen fällt, sollte hier schnellstens Abhilfe geschaffen werden. Das mindeste, das sofort getan werden könnte, wäre ein Zebrastreifen und Hinweistafeln.

Spielplätze

Jüngst sprach mich eine junge Mutter in der Hochstraße an. Sie klagte, daß in ihrem Wohngebiet keine Kinderspielplätze vorhanden seien. Die Kinder seien genötigt auf der Straße zu spielen und das sei ja schließlich mit einiger Gefahr verbunden. Ich machte mir die Mühe und holte den Stadtplan hervor, und siehe da, bezüglich Kinderspielplätzen gibt es in Mörfelden große weiße Flecke. Sicher werden sich schon viele Eltern die gleiche Frage nach gefahrlosen Spielplätzen gestellt haben und sind daran gescheitert, weil doch keine stadteigenen Freiflächen vorhanden sind. Nach meinem Augenschein befinden sich aber in diesem Gebiet einige private ungenutzte Flächen, die die Stadt evtl. pachten könnte, wenn sie nicht käuflich zu erwerben sein sollten. Schließlich muß man in diesem Zusammenhang an die Sozialverpflichtung des Eigentums, die grundgesetzlich verankert ist, erinnern. Kinder haben einen Anspruch auf gefahrlose Spielplätze und wir Erwachsenen sollten dem Rechnung tragen.

Fahrplangestaltung?

Sommerfahrplan, bessere Verbindungen! Von wegen, kann man da nur sagen. Es fährt zwar ein neuer Zug, bis nach Mörfelden, aber leider schon um 16.05 Uhr. Mit diesem Zug könnten viel mehr Leute fahren, wenn er nur etwas später ginge. Nun gut, warten wir auf den nächsten. Der aber geht erst in 40 Minuten. Der Eilzug, der vorher geht, hält wegen eines Intercity-Zuges nicht mehr in Mörfelden. (Viele Arbeiter merkten das deutlich, als sie zu Beginn des Fahrplanwechsels zähneknirschend in Groß-Gerau ausstiegen.)

Da muß ich fragen: Haben denn die Arbeiter kürzere Arbeitszeiten nur erkämpft, damit sie ihre gewonnene Freizeit auf dem Bahnhof absitzen können? Was ist eigentlich wichtiger: abgearbeitete Arbeiter abends schnell nach Hause zu bringen oder eine Handvoll Millionäre im Intercitytempo durch Deutschland zu schaukeln? Man muß die Bundesbahn auffordern ihre Zugfolge nach den Arbeitern auszurichten. Ein Schritt dazu wäre, den 16.24er wieder in Mörfelden halten zu lassen. Die Intercity-Leute sollen ruhig ein paar Minuten warten.

Wirkung

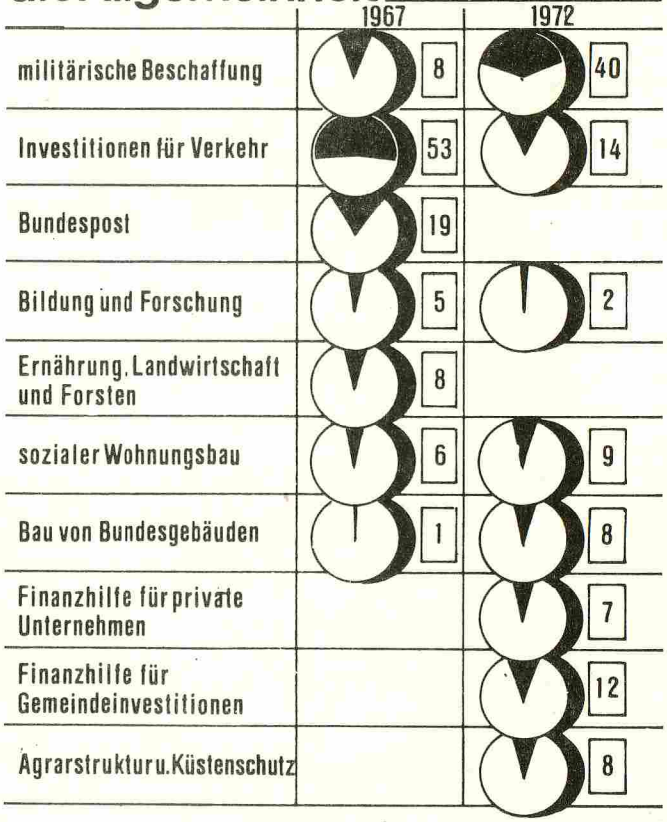
Daß der „blickpunkt" aufmerksam gelesen wird, höre ich oft. Man kann es auch anders feststellen: Im „April-blickpunkt" forderten wir die Wiedereinführung der Geschwindigkeitsbegrenzung in Mönchbruch. Mittlerweile stehen die Schilder.

Im „Mai-blickpunkt" protestierten wir bei der Post, weil man in Mörfelder Telefonen ewig auf das Amtszeichen warten muß. Nun hat sich auch der Mörfelder Magistrat diesem Protest angeschlossen. Hoffentlich hilft's!

Das wär's für heute — auf Vorschläge und Kritik wartet *Willi*

Nur die Hälfte für die Allgemeinheit

Bestimmung der Mittel aus dem Zusatzhaushalt des Bundes für: in Prozent der Ausgaben

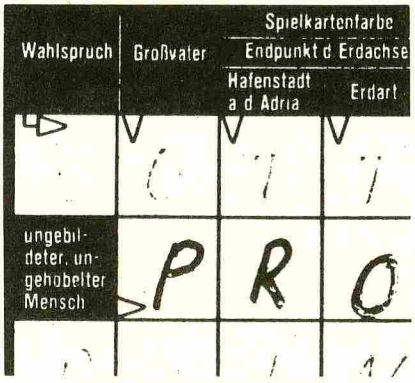


1967 wurden 8 % für den Rüstungshaushalt aufgewandt — 1972 sind hierfür 40 % veranschlagt. Weitere 15 % sind für die Allgemeinheit ebenfalls nur von begrenztem Interesse, so daß nur 45 % der Finanzierung öffentlicher Aufgaben im eigentlichen Sinne dienen.

Was ist eigentlich ein Proletarier?

Kommunisten – so heißt es oft – reden gern in Schlagworten. Kapitalisten, Imperialisten, staatsmonopolistischer Kapitalismus, das sind nur einige Ausdrücke, die wir in unseren Büchern und Zeitungen verwenden, und die oft falsch oder gar nicht verstanden werden. Für Leute, die sich intensiv mit dem Marxismus beschäftigen, haben diese Begriffe einen festumrissenen Inhalt. Viele junge Menschen beginnen aber erst sich mit den Theorien von Marx, Engels und Lenin zu beschäftigen. Für sie und alle Interessenten werden wir im „blickpunkt" die wichtigsten Begriffe allgemeinverständlich erklären, um damit Mißverständnissen entgegenzutreten und Unklarheiten auszuräumen.

Ein Proletarier ist ein Angehöriger der Arbeiterklasse, einer der beiden Grundklassen der kapitalistischen Gesellschaft. Manche gebrauchen die Begriffe „Proletarier" oder „Prolet" fälschlich oder böswillig als Schimpfworte, um damit asoziale oder primitive Verhaltensweisen zu kennzeichnen. Tatsächlich jedoch besagt der Begriff Proletarier oder Arbeiter, daß der Betreffende über keinerlei Produktionsmittel, d. h. Anlagen zur Herstellung von Waren, verfügt. Er besitzt vielmehr nur seine Arbeitskraft. Diese muß er an den Eigentümer der Produktionsmittel, den Kapitalisten also, verkaufen, um den Lebensunterhalt seiner Familie bestreiten zu können. Aus diesen in hohem Maße ungleichen wirtschaftlichen Besitz- und Machtverhältnissen ergeben sich soziale Ausbeutung, politische Unterdrückung und bildungsmäßige Benachteiligung der Arbeiterklasse im Kapitalismus.



Ein Prolet ist ein „ungebildeter, ungehobelter Mensch". Das stand jedenfalls im Kreuzworträtsel einer Springer-Zeitung.

Sind Sie schon UZ - Leser?

Bitte abtrennen und einsenden an:

R. Dötsch, 6082 Mörfelden, Schumannstraße 3

Der „blickpunkt", die Stadtzeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Mörfelden, erscheint jeden Monat. Die Schutz- und Zustellungsgebühr für eine Ausgabe beträgt DM 0,50. Wenn Sie an regelmäßiger Zustellung interessiert sind, kreuzen Sie bitte ein Feld an.
Die Gebühr können Sie durch Bankeinzahlung oder Banküberweisung auf das Konto 90003419 Kreissparkasse Groß-Gerau, bei R. Dötsch, Schumannstraße 3, oder bei jedem Mitglied der DKP Mörfelden entrichten.

Ich bitte um regelmäßige Zustellung

☐ für ein Jahr ☐ für ein halbes Jahr

Name: Anschrift:

Konzernmanager kassieren - Arbeiter sollen maßhalten!

Eine Statistik der großbürgerlichen „Frankfurter Allgemeine" über die durchschnittlichen Vorstandsbezüge in den größten Unternehmen der Bundesrepublik für das Jahr 1970 gibt Aufschluß darüber, wie sich im Zeichen des „Maßhaltens" der Arbeiter und Angestellten die Spitzenverdiener in der BRD in einem Jahr steigerten. Die Beschäftigten im Bergbau, in den Chemiebetrieben, in der Textilindustrie und in der Versicherungswirtschaft sollten sich die Vorstandsbezüge notieren und im Lohnkampf als Waffe einsetzen.

603 330,— DM kassierten die Vorstandsmitglieder bei Daimler-Benz,
550 010,— DM bei Krupp,
428 950,— DM bei Schering,
301 670,— DM bei AEG — Telefunken.

Die durchschnittlichen Bezüge eines Vorstandsmitgliedes nahmen 1970 gegenüber 1969 zu:

Kaufhof
um 142 540,— DM = 28 %
Salzgitter
um 119 410,— DM = 38 %
August Thyssen-Hütte
um 81 460,— DM = 17 %
Neckermann
um 73 390,— DM = 10 %
DEMAG
um 71 590,— DM = 34 %
Glöckner-Werke
um 68 300,— DM = 23 %
Gute-Hoffnungs-Hütte
um 65 690,— DM = 46 %
Lufthansa
um 57 410,— DM = 44 %
Metall-Gesellschaft
um 43 620,— DM = 12 %
Saarbergwerke
um 42 520,— DM = 31 %
Dillinger-Hütte
um 40 640,— DM = 16 %
Neunkircher Eisenwerke
um 35 830,— DM = 19 %
Stahlwerke Südwestfalen
um 35 740,— DM = 15 %
Klöckner-Humboldt-Deutz
um 33 210,— DM = 11 %

Eine einprozentige Lohnerhöhung macht in der Lohntüte der Arbeiter vielleicht 6,— bis 10,— DM aus, bei einem Vorstandsmitglied sind es nachweislich 1700,— bis 6500,— im Monat.

Verantwortlich für den Inhalt: Rudi Hechler, 6082 Mörfelden, Hochstraße 22. Druck: Eigendruck